



5

Aufzeichnung

Über eine am 16. März 1917
unter dem Vorsitze Seiner Exzellenz des Herrn k.u.k.
Ministers des Aeußern Ottokar Grafen Czernin
stattgehabte Besprechung.

Anwesende:

Seine Exzellenz der Herr kaiserlich deutsche
Reichskanzler von Bethmann Hollweg,

Seine Exzellenz der Herr kaiserlich deutsche
Botschafter Graf Wedel,

der Herr kaiserlich deutsche Unterstaatssekretär
von Stumm,

Seine Exzellenz der Herr k.u.k. Botschafter
von Mérey,

Seine Durchlaucht der Herr k.u.k. Botschafter
Gottfried Prinz zu Hohenlohe.

Protokollführer:

Legationsrat Graf Colloredo-Mannsfeld.

53



Der k.u.k. Minister des
Außern, welcher die Bespre-
chung eröffnet, rekapituliert
zunächst die mit dem deutschen
Reichskanzler an demselben Tage
bereits stattgehabten Gespräche
und führt aus, daß er es für
seine heilige Pflicht gehalten
habe, Herrn von Bethmann Hollweg
gegenüber die Lage der öster-
reichisch-ungarischen Monarchie
so zu schildern, wie sie ist,
ohne in Schwarzseherei oder
Schönfärberei zu verfallen.
Leider sei er nicht in der
Lage gewesen, ein rosiges
Bild zu entwerfen, denn die
Monarchie stehe am Ende ihrer
Kraft.

Die größte Sorge bilde
vorerst die Ernährungsfrage,
welche als äußerst kritisch
bezeichnet werden müsse. Aus
dem böhmischen Erzgebirge seien

./.



kürzlich Meldungen eingetroffen, denen zufolge in diesen Gegenden der Hungertyphus grassiere, ebenso schlechte Nachrichten treffen aus anderen Teilen des Reiches, z.B. Dalmatien, ein. Hiezu komme, daß man mit einer progressiven Verschlechterung der Ernte rechnen müsse. Der Mangel an Vieh, natürlichen und künstlichen Düngmitteln sowie Saatgut, endlich die durch die noch lagernden Schneemassen erhöhten Schwierigkeiten beim Frühjahrsanbau müßten jeden Politiker in verantwortungsvoller Stellung nachdenklich stimmen. Und hiebei dürfe nicht vergessen werden, daß es eine Remedur, um aus dieser fatalen Situation herauszukommen, nicht gebe, denn die Hoffnungen, die man in dieser Beziehung an Rumänien geknüpft habe, seien nicht in Erfüllung

./.

gegangen. Es stehe heute schon fest, daß die kommende rumänische Ernte nicht mehr als 30 - 40 % des normalen Ertrages geben und daher für die Versorgung der Zentralmächte nicht in Betracht kommen werde.

Nicht besser stehe es mit den zur Kriegsführung unerlässlichen Rohmaterialien. Nach genauer Erwägung aller Eventualitäten sei man zur Ueberzeugung gekommen, daß man mit dem vorhandenen und noch zu gewinnenden Rohmaterial wohl bis zum Herbst des Jahres das Auslangen finden könne, daß aber über diesen Zeitpunkt hinaus in Anbetracht des geschilderten Mangels ein weiteres Fortführen des Krieges ausgeschlossen sei.

Was endlich das Menschenmaterial betrifft, so stehe die Monarchie im Begriffe, ihre allerletzten Reserven heranzu-

./.

ziehen, ohne auf ihre Tauglichkeit viel Rücksicht zu nehmen.

Unter diesen Umständen könne man sich der Tatsache nicht verschließen, daß die Monarchie am Ende ihrer Kräfte angelangt sei, und müsse man mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, aus dieser traurigen Lage die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Stehe man einmal auf dem Standpunkt, daß die Monarchie nicht mehr weiter könne, dann müsse jeder Faden, der zu einem akzeptablen Frieden führen kann, aufgegriffen werden. Eine solche Möglichkeit schein sich jetzt mit Frankreich zu bieten, welches bereits wiederholt Friedensfühler ausgestreckt habe und einer Aussprache nicht abgeneigt zu sein schein. Graf Czernin gibt der Meinung Ausdruck, daß die seitens Frankreichs darge-

./.



botene Hand, sofern das diesbezügliche Herantreten sich tatsächlich als seriös herausstellen sollte, nicht abgewiesen werden sollte. Falls die vorerwähnte Voraussetzung zutreffe, beabsichtige Graf Czernin den k.u.k. Botschafter i. D., Grafen Albert Mensdorff, zu diesem Zwecke nach der Schweiz zu entsenden. Der Vorwand zu einem unauffälligen Aufenthalte Mensdorffs in der Schweiz sei leicht zu finden. Er würde die Reise dorthin zum ostensiblen Zwecke des Studiums der Hospitalisierungseinrichtungen unternehmen und könnte eine zufällige Begegnung mit dem französischen Vertrauensmann, den zu empfangen sich der offizielle Vertreter der Monarchie in der Schweiz, der k.u.k. Gesandte in Bern, bisher gewei- gert hat, leicht herbeigeführt

./.



werden. Nun handle es sich aber darum, dem Grafen Mensdorff Instruktionen zu erteilen, welche demselben als Richtschnur zu dienen hätten. Hiezu sei es wünschenswert, hinsichtlich der Friedensbedingungen, welche dem Reichskanzler vorschweben, womöglich ein Minimal- und Maximal-Programm aufzustellen, und bitte Graf Czernin daher den Herrn Reichskanzler, sich zu diesem Punkte gütigst äußern zu wollen.

Herr von Bethmann Hollweg, welcher sodann das Wort ergreift, gibt vorerst seiner Skepsis Ausdruck, daß Frankreich dermalen durch Konzessionen gewonnen werden könnte. Eine Abtretung Elsaß-Lothringens, welche seitens Frankreichs jetzt noch zweifelsohne als *conditio sine qua non* einer Verständigung mit Deutschland

./.

gefordert werden würde, könne der Reichskanzler weder bei seinem kaiserlichen Herrn befürworten, noch auch vor dem deutschen Volke rechtfertigen. Deutschland müsse darauf bedacht sein, seinen größtenteils verlorenen Kolonialbesitz wiederzugewinnen. Als Faustpfand hierfür müsse Deutschland die besetzten Teile Frankreichs und Belgiens in der Hand behalten. Lasse man diese Pfänder aus der Hand, dann sei, selbst wenn Frankreich die Entente im Stiche lassen sollte, keine Möglichkeit vorhanden, England zur Herausgabe der Kolonien zu veranlassen, außer der U-Bootkrieg führe zur völligen Niederzwingung des Inselreiches. Abgesehen von diesem Nachteile würde sich die militärische Lage Deutschlands in Belgien gegenüber

./.

England äußerst schwierig gestalten. Der Kanzler wolle einem Gespräche mit Frankreich keineswegs aus dem Wege gehen und begrüße es, daß die Fühlungnahme durch Oesterreich-Ungarn entriert werde; er müsse indessen darauf bestehen, daß sich der österreichisch-ungarischerseits designierte Vertrauensmann bei dieser Gelegenheit absolut rezeptiv verhalte und der Zukunft in keiner Weise präjudiziere. Die Entwicklung der russischen Krise lasse sich heute nicht voraussehen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die russischen Wirren verbunden mit den Erfolgen des U-Bootkrieges die Entente derart schwächen oder erschrecken, daß unsere Gegner von selbst den Friedenspfad betreten und unter dem Drucke der Verhältnisse mit konkreten Vorschlägen

./.



an die Zentralmächte herantreten. Würde man sich Frankreich gegenüber schon jetzt die Hände binden und den Ereignissen vorgreifen, könnte man leicht möglicher Vorteile verlustig gehen, die der Gang der Ereignisse naturgemäß mit sich bringen könnte.

Was nun die Minimalforderungen Deutschlands gegenüber Frankreich betreffe, so sei es schwer, sich diesbezüglich präzise zu äußern. Ueber einen Austausch der Erzlager von Briey-Longwy gegen Teile Lothringens oder des Elsaß ließe sich allenfalls reden und könnte ein derartiger Tausch als Minimalbasis festgelegt werden, während der Erwerb von Briey-Longwy ohne eigene Gebietabtretungen als Maximalbasis gegenüber Frankreich in Betracht gezogen wer-

./.

den könnte.

Unterstaatssekretär von Stumm, welcher hierauf in die Debatte eingreift, mahnt zu großer Vorsicht gegenüber den französischen Anbiederungsversuchen, namentlich wenn es sich herausstellen sollte, daß dieselben auf Herrn J. Carbon zurückzuführen seien. Herr von Stumm befürchte, daß etwaige Pourparlers mit Frankreich ebenso mit einem Mißerfolg enden würden, wie die seinerzeitigen Stockholmer Besprechungen mit Japan. Dieses letztere hatte nichts eiligeres zu tun, als die Sache in Petersburg auszuplaudern, und um den unsicheren asiatischen Bundesbruder an der Stange zu halten, kam hernach der russisch-japanische Vertrag zustande, welcher die Stellung Japans derart stärkte, daß es

./.



keine Lust zum Abspringen mehr zeigte. Ähnliches könne jetzt mit Frankreich passieren, von dem man wisse, daß es unablässig bestrebt sei, England zu einer intensiveren Kriegsführung zu veranlassen. Nichtsdestoweniger sei aber auch Herr von Stumm der Ansicht, daß der Faden aufgegriffen werden sollte und zwar durch einen ganz inoffiziellen Privatmann als Vermittler, der jederzeit desavouiert werden könnte. Er bitte, aber nicht zu vergessen, daß die deutschen Militärs die Lage derzeit sehr optimistisch auffassen in der Hoffnung eines baldigen Niederrückens Englands und daß man daher heute nicht darauf rechnen könne, dort maßvolle Bedingungen durchzusetzen.

Als nächster Redner kommt hierauf Botschafter von Mérey

./.

zum Wort und weist darauf hin, daß schon bei der Vorbereitung unseres vorjährigen Friedensangebotes viel Zeit verloren worden sei und man sich daher tunlichst vor der Eventualität hüten sollte, daß auch heuer die Besprechung von Friedensmöglichkeiten sich derart in die Länge ziehe, daß wir eventuell vor einer vierten Winterkampagne stünden. Im Gegensatz zu seinen bisherigen Beobachtungen, auf Grund deren ihm die Möglichkeit eines Separatfriedens ausgeschlossen erschien, habe er in allerletzter Zeit den starken Eindruck, daß wohl an ein Auspringen einer der Ententemächte vom Londoner Protokoll nicht zu denken sei, daß er aber ein Gespräch eines Ententemitgliedes mit einem ihrer Gegner und zwar unter Mitwissenschaft,

./.



vielleicht sogar auf Instigation Englands nicht für ausgeschlossen halte. Der letzte seitens Frankreichs ausgestreckte Fühler erschiene ihm ernster und berücksichtigungswürdiger als die bisherigen - denn es sei ja nicht das erste Mal, daß sich Frankreich an uns heranmache - und müsse er sich daher gleich seinen Vorrednern dafür aussprechen, daß die Sache nicht fallen gelassen werde.

Ueber die Modalitäten, unter welchen sich eine derartige erste Konversation zu vollziehen hätte, müsse er sich den Ausführungen des Grafen Czernin anschließen, welcher gesagt habe, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn vor allem über die großen Richtlinien ihrer Friedensbedingungen ins Reine kommen müßten und den Succus ihrer diesbezüglichen

./.

chen Konversation dem nach der Schweiz zu entsendenden Vertrauensmanne mitteilen sollten, nicht etwa damit ihn derselbe tel quel der Gegenseite bekannt gebe, sondern um denselben in die Lage zu versetzen, seine sehr vorsichtig zu führende Konversation, gegebenenfalls seine Fragenstellung auf der Basis eines fixen Ausgangspunktes führen und seinen französischen Mitredner auf ein Gebiet hinleiten zu können, auf das wir ihn eben bringen wollen. Sind die Forderungen des Franzosen inakzeptabel, dann müsse unser Vertrauensmann auf die vollständige Nutzlosigkeit einer weiteren Erörterung hinweisen, erscheinen aber die Forderungen nicht direkt indiskutabel, dann könnte eben unser Vertrauensmann seinen Mitredner in Anlehnung an das zwischen

./.



Deutschland und der Monarchie aufgestellte Minimalprogramm auf ein Terrain hinüberleiten, auf welchem eine Diskussion nach unseren Gesichtspunkten zweckentsprechend erscheint. Eine Konversation im obangedeuteten Sinne könnte wohl nach und nach beiderseits zu der Erkenntnis führen, daß zwischen Deutschland und Frankreich ein Ausgleich der Gegensätze nicht unmöglich sei; und dies wäre entschieden ein Schritt nach vorwärts.

Reichskanzler von Bethmann Hollweg stimmt schließlich der Entsendung eines Vertrauensmannes nach der Schweiz unter den nachfolgenden Bedingungen zu:

1. Derselbe hat sich rezeptiv zu verhalten.
2. Er könnte in sehr vorsichtiger Weise durchleuch-

./.

ten lassen, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland auf Basis a) eines territorialen Austausches in Europa, b) eines allgemeinen kolonialen Abkommens und c) wirtschaftlicher Kompensationen ihm im Bereiche der Möglichkeit zu liegen scheine.

3. Müste der Vertrauensmann die Frage stellen: Wie wird sich England zu einem derartigen Arrangement stellen?

Selbstredend müsse vermieden werden, daß unser Minimalprogramm enthüllt werde, der Vertrauensmann müste im Gegenteil bestrebt sein, bei seinem Mitredner den Eindruck zu erwecken, daß unser „letztes Wort“ weit weniger entgegenkommend klingt, als tatsächlich vereinbart.

Bezüglich der Person des zu wählenden Vertrauensmannes

./.



enspinnt sich hierauf eine kurze Diskussion, während welcher deutscherseits mehrfache Bedenken gegen die Entsendung des Grafen Mensdorff geltend gemacht werden. Graf Czernin hebt hiergegen hervor, daß die Geschäftskennntnis, der Takt, die Diskretion und Verlässlichkeit Mensdorffs die Nachteile, die seiner Person durch seine anglo-französische Vergangenheit anhaften, sicherlich aufwiegen. Weiters führt Graf Czernin aus, daß uns keine andere Wahl übrig bleibe, indem eine routinierte Persönlichkeit wie Graf Mensdorff einem in auswärtigen Fragen unkundigen und der nötigen Gewandtheit im Umgange entbehrenden Politiker - und nur solche könnten gegebenenfalls in Betracht kommen - zweifelsohns vorzuziehen sei.

Schließlich erklärt Herr

./.



von Bethmann Hollweg, daß er seinen Widerstand gegen die Entsendung des Grafen Mensdorff unter strikter Einhaltung der vorangedeuteten Bedingungen nicht aufrecht erhalten wolle.

Der Betrauung des Grafen Mensdorff mit der in Rede stehenden Mission steht sohin nichts mehr im Wege.

Nach Erledigung dieses Punktes weist der k.u.k. Minister des Aeußern auf die Notwendigkeit hin, daß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn unter Ausschluß der zwei anderen Verbündeten eine Verständigung hinsichtlich der allgemeinen Friedensbedingungen, sowie der weiteren zwecks Friedensanbahnung zu befolgenden Taktik ehestens Platz greife. Sind Deutschland und die Monarchie diesbezüglich im reinen, dann müste ge-
./.

meinsam an die Türkei und Bulgarien herangetreten werden. Es würde sich also zunächst um rein interne deutsch-österreichisch-ungarische Besprechungen handeln. Hinsichtlich Frankreichs habe die vorangehende Diskussion bereits zu greifbaren Resultaten geführt; wie steht es nun - so fragt Graf Czernin - mit dem Osten.

Der deutsche Reichskanzler erklärt vorerst, daß er in den von Grafen Czernin in Anregung gebrachten Gedankenaustausch gerne eintreten wolle und führt, was die Gestaltung der Dinge im Osten anbelangt, nachstehendes aus.

Während er sich im Westen auf einen Gebietsaustausch, also ein partielles Geben einlassen wolle, könne im Osten, solange Deutschland nicht ge-
./.

schlagen sei, nur vom Ausmaße des Nehmens, von einem „Was behalten wir“, schlimmsten Falles von einer Rückkehr zum Status quo ante bellum die Rede sein. Bezüglich Kongreßpolens halte der Kanzler an der Ansicht fest, daß die Aufrichtung eines polnischen Königreiches, d.h. das Hinauschieben der Grenze gegen Rußland für die Zentralmächte große Vorteile beinhalte. Daher wolle er von den polnischen Gebietsteilen für Deutschland nichts beanspruchen und sich auf vornehmlich militärischen Konsiderationen Rechnung tragenden Landerwerb in Kurland und Lithauen beschränken. Das Ausmaß dieser Neuerwerbungen (Einbeziehung der Gouvernements Grodno und Wilna) würde sich selbstredend nach der militärischen Situation bei Friedensschlus richten.

./.



Sollten wir gezwungen sein, Kongreßpolen an Rußland zurückzugeben, dann kämen für Deutschland bloß Grenzrektifikationen an der schlesischen und ostpreußischen Grenze in Betracht.

Hierauf ergreift Graf Czernin abermals das Wort und sagt, daß sich die österreichisch-ungarische Monarchie gegenüber Deutschland, das mit seinen Armeen sozusagen überall im Feindeslande stehe, in einer wesentlich schlechteren Lage befinde. Für die Monarchie müsse daher das erste und nächstliegende Ziel in der Erhaltung ihrer territorialen Integrität bestehen. Die Rückerlangung der derzeit vom Feinde besetzten Landesteile Galiziens und der Bukowina stehe uns unendlich viel näher, als die Errichtung eines polnischen Königreiches. Solange

./.

daher der Feind diese Gebiete nicht geräumt habe, könne von einer Herausgabe des Generalgouvernements Lublin nicht die Rede sein. Deutschland dürfe die unendlichen Opfer nicht übersehen, welche die Monarchie in diesem Kriege gebracht habe und nicht vergessen, daß ein großer Teil der österreichischen und ungarischen Bevölkerung gegen ihre Interessen kämpfe - mögen diese Interessen nun tatsächliche oder imaginäre sein. Unter diesen Umständen wäre es daher ein Ding der Unmöglichkeit, daß der Krieg beendet werde in der Weise, daß Bulgarien, der schwächste Kompassizient, einen sehr bedeutenden und Deutschland, wie zu erhoffen, einen namhaften Territorialgewinn davontrage, während die aus hundert Wunden blutende Monarchie mit leeren

./.



Händen, ja sogar verkleinert aus dem Völkerringen heimkehren sollte. Ein derartiges Mißverhältnis könnte kein Herrscher, geschweige denn eine Regierung hinnehmen, ohne sich den ärgsten Gefahren auszusetzen. Graf Czernin schlägt daher vor, daß die bei Kriegsende seitens der einzelnen Mitglieder des Vierbundes zu erhoffenden territorialen und wirtschaftlichen Vorteile in eine gewisse Uebereinstimmung gebracht werden. Um eine derartige Konkordanz herbeizuführen, schwebt dem k. u. k. Minister des Aeußern eine Aufteilung des Königreiches Rumänien in dem Sinne vor, daß die Monarchie die Walachei sowie den zwischen den Karpathen und dem Sereth gelegenen Teil der Moldau, Bulgarien die im Jahre 1912 zedierten Teile der Dobrudscha erhalte, während

./.

aus dem restlichen Teile der Dobrudscha ein unter internationaler Kontrolle stehendes Staatswesen gebildet würde. Die östlich des Sereth gelegenen Gebiete der Moldau könnten Rußland angetragen werden, um dieses für einen baldigen Frieden geneigter zu stimmen.

Herr von Bethmann Hollweg sowie Herr von Stumm weisen in ihrer Replik auf die Ausführungen des Grafen Czernin zunächst darauf hin, daß sie die Möglichkeit großen territorialen Landgewinnes vorerst nicht erhoffen zu dürfen glauben und daß demnach die Erwerbung so reicher Gebiete durch Oesterreich-Ungarn, wie dies das Programm des k.u.k. Ministers des Aeußern beinhalte, im Deutschen Reiche einen sehr schlechten Eindruck machen würde. Eine dorartige Disproportion in den Kriegser-

./.



rungenschaften könnte dem deutschen Volke nicht plausibel gemacht werden. Abgesehen hiervon sehe der Kanzler in der Zuteilung der ganzen Moldau an Rußland eine gewisse Gefahr und würde es vorziehen, wenn Rußland bloß den nördlichen Teil der Moldau erhielte. Oesterreich-Ungarn sollte sich mit der Westwalachei begnügen, während die übrigen Teile dem Königreich Rumänien zu verbleiben hätten. Was das Deutsche Reich betreffe, so strebe es in diesen Gebieten ausschließlich wirtschaftliche Vorteile an. Wie dem auch sei, so könne sich Herr von Bethmann Hollweg heute zu dem vom Grafen Czernin vorgebrachten Aufteilungsmodus, welcher in Berlin einem gründlichen Studium unterzogen werden müßte, bloß akademisch äußern. Ueber Aufforderung des k.u.k.

./.

Ministers des Aeußern gibt sodann Botschafter von Mérey seiner Ansicht zum Gegenstande Ausdruck. Der Herr Botschafter verkenne nicht die Vorteile, welche für die Monarchie in einem weiteren Vorrücken nach dem Gebiete der unteren Donau liegen. Auch würde er einer Angliederung rumänischen Gebietes in Anbetracht der assimilierbareren weicheren Bevölkerung einer Annexion serbischer Landesteile den Vorzug geben. Gegen eine Besitzergrüfung der östlichen Moldau durch Rußland hingegen hege Herr von Mérey in militärischer Hinsicht, sowie im Hinblick auf den Eindruck, den ein derartiges Vordringen Rußlands auf die Psyche der Slaven in der Monarchie und der Balkanvölker ausüben müßte, schwere Bedenken. Militärisch würde diese Lösung

./.



eine erweiterte Umklammerung der Monarchie durch das russische Reich bedeuten und die Balkanvölker würde das Näherücken Rußlands zu dem ersehnten Ziele Konstantinopel zweifellos stark impressionieren. Das russische Schreckgespenst würde wieder wie ein Alpdruck auf diesen Völkerschaften lasten und könnte ihrer politischen Orientierung leicht wieder eine andere Richtung geben. Sollte jedoch zu einer Annexion rumänischer Landesteile durch die Monarchie trotzdem geschritten werden, dann müsse er sich entschieden für die Angliederung eines größeren Gebietes aussprechen, denn nur so könnte den Gefahren irredentistischer Umtriebe mit Aussicht auf Erfolg entgegengetreten werden. Was den schlechten Eindruck anbelange, den eine

./.

derartige Angliederung im Deutschen Reiche auslösen würde, so müsse Herr von Mérey auf die voraussichtlich sehr bedeutenden und mit seinen faktischen Leistungen nicht im Einklange stehenden Akquisitionen eines anderen Bundesgenossen, nämlich Bulgariens hinweisen, die doch sicherlich keinerlei Erregung in Deutschland hervorrufen würden.

Der k.u.k. Minister des Aeußern reflektiert sonach auf die letzten Ausführungen des Reichskanzlers, indem er seinen (des Grafen Czernin) Standpunkt, wie folgt, präzisiert.

1. Bevor es nicht fest steht, daß die derzeit von den Feinden besetzten Landesteile an die Monarchie zurück-erstattet werden, dürfe eine Herausgabe russischen oder

./.



Balkan-Gebietes nicht stattfinden.

2. Die Neuerwerbungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns sollen in territorialer und wirtschaftlicher Hinsicht in eine gewisse billige Relation gebracht werden. Werde der Friede derart geschlossen, daß sich Deutschland mit dem Status quo begnügen müßte, dann würde sich auch die Monarchie mit der vollen Integrität zufrieden geben. Sollte jedoch Deutschland Landerwerb einheimen, dann müsse die Monarchie auf der Zuteilung der Walachei bestehen.

Herr von Bethmann erklärt sich mit diesem prinzipiellen Standpunkt des Grafen Czernin einverstanden und sagt zu, in

./.



dem vorgeschlagenen Sinne vorgehen zu wollen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung bringt der k.u.k. Minister des Aeußern die türkische Frage zur Diskussion, indem er auf die Gefahr eines Auspringens der Türkei hinweist und die Frage aufwirft, welche Maßregeln hiegegen ergriffen werden könnten.

Unterstaatssekretär von Stumm meint, daß durch den Allianzvertrag mit der Türkei gegen besagte Gefahr hinreichende Vorsorge getroffen sei. Zudem seien die Zentralmächte, welche immer auf die Gefährdung Konstantinopels und die Aufteilungspläne der Entente hinweisen können, in der Lage, der Türkei weit mehr zu bieten, respektive zu versprechen als unsere Gegner.

Botschafter Prinz Hohen-

./.

lohe plaidiert für eine finanzielle Gewinnung Djavid Beys, der im innersten Innern zweifelsohne auf eine Aussöhnung der Türkei mit den Ententemächten hinarbeitet.

Graf Czernin dringt darauf, die Türkei fester an uns zu ketten, bevor es der Entente gelingt, das osmanische Reich durch eventuelle tentante Anbote zu ködern, beziehungsweise in seiner Haltung schwankend zu machen.

Endlich bringt Minister des Aeußern Graf Czernin noch den von der Gegenseite und Amerika ventilirten Gedanken einer allgemeinen oder partiellen Abrüstung zur Sprache und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zentralmächte aus ideellen Gründen gegen dieses Petit pro forma keinen schnorff ablehnenden

./.

Standpunkt einnehmen sollten.

Herr von Bethmann Hollweg erwidert, daß dieser Frage wohl sehr wenig praktischer Wert zukomme, daß er aber nicht abgeneigt ist, dem Vorschlage des Grafen Czernin Rechnung zu tragen, wenn derselbe geeignet wäre, einen baldigen Friedensschluß herbeizuführen oder zu erleichtern, zumal als aus materiellen Gründen an eine Fortsetzung des Wettrüstens nach dem Kriege nicht mehr zu denken sei.